

Civitas heißt übersetzt „Bürgerschaft“ und diente in der Spätantike als Name der politischen Gemeinde. Ein gelungener Name für ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus in den Neuen Ländern, denn er verdeutlicht, dass wir alle, als Gesamtheit der Bürger, von diesem demokratiegefährdenden Phänomen betroffen sind. Die Anerkennung mangelnder Zivilität und rechter Hegemonie in vielen Städten und Regionen als Bedrohung der politischen Kultur und damit als politisches Problem ist elementare Voraussetzung für eine wirksame Behauptung der noch jungen Demokratie in den Neuen Ländern.

Adressat und Träger des gesellschaftlichen Aufbruchs im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ ist die sogenannte Zivilgesellschaft. Was aber ist die Zivilgesellschaft?

Zivil- und Bürgergesellschaft

Oft werden die Begriffe Zivil- und Bürgergesellschaft gleichbedeutend verwendet, obwohl gerade im Blick auf die ostdeutsche Transformationsgesellschaft eine Unterscheidung zwischen Zivil- und Bürgergesellschaft notwendig erscheint. Die Zivilgesellschaft ist eine Bürgergesellschaft im engeren aktivistischen Sinn. Die wichtigsten Beispiele, die in jüngerer Vergangenheit dem Konzept der Zivilgesellschaft zu neuer Konjunktur verhelfen, sind die oppositionellen Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa, die sich dem kommunistischen Regime widersetzen,

sowie die Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen der 70er/80er Jahre in Westeuropa und den USA, die unseren Begriff des Zivilen mit neuen (freiheitlichen, sozialen, ökologischen, feministischen oder pazifistischen) Inhalten bereichert haben. Weil es sich aber in beiden Fällen „weder um eine Gesellschaft im Ganzen noch um einzelne Gemeinschaften oder eine bestimmte nationale Bürgergesellschaft handelt“, hält es Kleger für angemessener „von zivilgesellschaftlichen Handlungszusammenhängen oder einfach von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu sprechen, die dann jeweils spezifiziert werden.“ Dieser Definition wird Civitas gerecht, indem es in den Programmschwerpunkten die Absicht formuliert, zur „Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements“ und zur „Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen“ (www.jugendstiftung-civitas.org) im Gemeinwesen beitragen zu wollen. Beim Aufbau dieser Strukturen steht die ostdeutsche Transformationsgesellschaft vor einer doppelten Herausforderung: spezifische zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge gegen den Rechtsextremismus neu zu schaffen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in die Bürgergesellschaft zu transformieren. Beides ist notwendige Voraussetzung erfolgreicher Demokratie in Ostdeutschland.

Die Ausgangslage bei der Bewältigung beider Aufgaben ist von Schwierigkeiten gekennzeichnet. Zu den besonderen ostdeutschen Bedingungen zählt Roth das

„Dilemma einer schwachen Zivilgesellschaft“. Das mag angesichts der revolutionären Erfolge der Bürgerrechtsbewegungen Ende der 80er Jahre verwundern, doch können zivilgesellschaftliche Akteure heute nur noch in begrenztem Maße auf die zivilgesellschaftlichen Handlungszusammenhänge von damals zurückgreifen, denn mit dem Sturz des SED-Regimes verlor die Oppositionsbewegung ihre Hauptfunktion. Mit dem Gewinn politischer Freiheit schufen die Bürgerrechtler in Koalition mit dem zivilen Protest der Massen die Bedingung der Möglichkeit für das Entstehen einer Bürgergesellschaft, ohne sie schon selbst zu verkörpern. Während die Bürgerrechtsbewegungen als zivilgesellschaftliche Akteure auch unter den Bedingungen autoritärer Herrschaft funktionieren und sogar erfolgreich ein Gegengewicht zur SED-Diktatur entwickeln konnten (nicht selten unter Gefahr für Leib und Seele), braucht eine Bürgergesellschaft hingegen „institutionell garantierte Demokratie, vor allem Rechtsstaatlichkeit und zivilen Machtwechsel, um überhaupt entstehen und überleben zu können.“

Neben dem Erbe der friedlichen Revolution von 1989 (das in den Köpfen der Menschen einen zu geringen Stellenwert einnimmt) sind wir mit einem weiteren Erbe der DDR in Form von „spezifischen Mentalitätstraditionen“ konfrontiert. In der langen Phase von totalitärer Herrschaft unter den Nazis und autoritärer Herrschaft unter der SED sind in der Bevölkerung Elemente einer zivilen, demokratischen Kultur verloren gegangen oder gar nicht erst entstanden. Seinen

hässlichsten Ausdruck findet dieses Defizit in einer konsolidierten rechtsextremen Szene, die, dort wo sie existiert, „mit Duldung und Unterstützung der örtlichen Gemeinschaft zu einem Teil der Normalität geworden ist.“ Diese zivilisatorische Lücke legitimiert den „experimentellen Großversuch“, mit Hilfe staatlicher Mittel, zivilgesellschaftliches Engagement zu initiieren. Mit ihm verbunden sind die Erwartung, dass sich zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge als demokratische Gegenkräfte gegenüber dem Rechtsextremismus bilden, und die Hoffnung, dass zivilgesellschaftliche Akteure Vorläufer für die mittelfristige Verfestigung einer „zivilen und sich zivilisierenden Bürgergesellschaft“ sind. Die Qualifizierung als ‚zivil‘ und die Charakterisierung als ‚sich zivilisierend‘ sind Kleger folgend nicht überflüssig, „denn die Bürgergesellschaft ist nicht per se zivil oder nur zivil (sie ist vielmehr auch ‚lokalistisch‘, ‚regionalistisch‘, ‚nationalistisch‘, ‚populistisch‘, ‚rechtsegoistisch‘, ‚lebens- und naturzerstörend‘ usw.).“

Der experimentelle Charakter des Projekts „Gastfreundschaft – Initiative für Gastfreundschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit“, wie auch der anderen von Civitas geförderten Projekte, liegt in dem Versuch des demokratischen Staates, bei der Verbreitung jener Normen und Werte behilflich zu sein, von denen seine Existenz abhängig ist, die er aber selber nicht schaffen kann. Den Initiatoren von Civitas ist dabei klar, „dass eine demokratische Zivilgesellschaft mit engagierten, ihre Belange

selbst organisierenden BürgerInnen nicht verordnet werden kann.“ Das in diesem Band dokumentierte Projekt „Gastfreundschaft“ ist Beteiligter zivilgesellschaftlichen Engagements, mit dem Ziel, bestehende Strukturen zu stärken, aber auch neue Akteure und Mitstreiter zu gewinnen und somit mittel- und längerfristig wirksamere Strukturen der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, des Ringens um Gastfreundschaft, Weltoffenheit und demokratischer Zivilgesellschaft zu schaffen. Um vor überhöhten Erwartungen zu schützen, ist es wichtig, die Handlungsgrenzen der geförderten Projekte realistisch einzuschätzen, denn „eine funktionalistische Deutung der Bürgergesellschaft (meist in ihrer zivilgesellschaftlichen Komponente) läuft in Gefahr, dass viele Funktionen, die bislang der politischen Gemeinschaft (zum Beispiel die Vermittlungsfunktion), dem Staat (zum Beispiel die Schutzfunktion) und der Gemeinschaft (zum Beispiel die Sozialisationsfunktion) zugeschrieben wurden, nun dem Begriff der Bürgergesellschaft erwartungsgemäß aufgeladen werden.“

Orientierung für die Aufgabe, die (schwache) Zivilgesellschaft in die Bürgergesellschaft zu transformieren, finden wir in einem erweiterten Begriff der „Bürgergesellschaft als qualifizierter Gesellschaftlichkeit.“ Ihm gerecht werden kann die ostdeutsche Transformationsgesellschaft, herausgefordert von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, indem sie ihre Entwicklungsfähigkeit unter Beweis stellt. „Ohne für das Ganze und/oder für alle sprechen zu können (was man nie kann), geht

es gleichwohl um ein Ganzes als Zusammenleben einer Stadt, einer Region, eines Landes sowie innerhalb von Europa, dem eine Stimme, ja mehr noch: eine Haltung gegeben werden muss.“ Gerade weil die Bürgergesellschaft „die einzige Gesellschaft (ist), die besser sein kann, als sie ist“, fällt die Antwort auf die Frage, ob sie den bereits existiert, zweideutig aus. Ja und Nein. „Sie existiert in bestimmten Traditionen ethisch-politischer Kultur, indem wir an sie anknüpfen können, und sie existiert nicht, so dass wir mit Vorschlägen auf sie einzuwirken versuchen.“

Das Projekt Gastfreundschaft

Das Civitas-Projekt „Gastfreundschaft – Initiative für Gastfreundschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit“ schlägt eine Brücke von der Zivil- zur Bürgergesellschaft. Die präsentierten Elemente der Gastfreundschaft beschreiben in vielschichtiger Form, wie sich Gastfreundlichkeit, und das Entstehen einer zivilen Bürgergesellschaft wechselseitig aufeinander beziehen. Die Frage danach, was eine gastfreundliche Region Anhalt-Dessau-Wittenberg ausmacht, beantworten die Befragten mit ihrem Selbstverständnis als Bürger und ihrem Bezug zur Geschichte der Region. Die vielfältigen Initiativen der verschiedensten, eng mit der Region verbundenen Akteure verdeutlichen, dass es trotz der schwierigen Umbruchphase in der sich die Region seit der Wende befindet, durchaus Alternativen zu dem „negativen Selbstbild“ einer perspektivlosen Region gibt. Womit die Situation nicht

beschönigt werden soll. In dem zwiespältigen Nebeneinander einer mit dem eigenen Handeln verbundenen Zuversicht auf der einen Seite und einer auf der unsicheren Entwicklung des ‚Ganzen‘ beruhenden kritisch-vorsichtigen Einstellung auf der anderen Seite, spiegelt sich in vielen Gesprächen der Interviewreihe die Gleichzeitigkeit der Existenz und Nicht-Existenz von Bürgergesellschaft wider.

Clemens Birnbaum beispielsweise, Direktor des Kurt-Weill-Zentrums und der Kurt-Weill-Gesellschaft in Dessau, hat es sehr überrascht „mit welchem geringem Stolz und Selbstbewusstsein die Dessauer mit ihrer Stadt und Stadtgeschichte umgehen. Nicht alle, aber doch ein erheblicher Teil.“ Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Region, beschäftigt ihn vor allem die anhaltende Abwanderung. „Die Gefahr, die ich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sehe – und ich hoffe das sie bewältigt werden kann in Zukunft -, ist nicht nur der Rückgang der Einwohnerzahl. Wer Dessau verlässt – und es ist vor allem die Jugend, die Dessau verlassen muss – geht gar nicht freiwillig, sondern muss auf Grund der wirtschaftlichen Situation.“ Trotz dieser Umstände gibt es für Birnbaum Gründe optimistisch zu sein. Die verschiedensten Aktivitäten, zu denen er das Kurt-Weill-Fest zählt, werden aus seiner Sicht schrittweise dazu führen, „dass die Leute, die Dessauer, wenn sie im Urlaub unterwegs sind, sagen: ich komme aus Dessau, die Stadt von Kurt Weill, des Bauhauses, des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs. Dass sie dies als eine Selbstverständlichkeit annehmen und mit dem entsprechenden Stolz etwa

sagen können: Wir haben solche kulturellen Leuchttürme, kommt doch und besucht uns, ihr seid herzlich willkommen.“ Birnbaum macht die Verbindung deutlich zwischen dem Gefühl, sich in der Region heimisch zu fühlen und dem Stellenwert von Gastfreundschaft in der Region, in der Gegenwart, wie in der Vergangenheit. „Auch die Frage: kann ich mich hier zu Hause fühlen? Und wie geht man mit den Leuten um, mit Leuten jüdischen Glaubens beispielsweise. Das hat etwas mit Kurt Weill zu tun. Aber das hat noch viel mehr zu tun mit der Geschichte von Dessau. Mit Moses Mendelsohn, einem der ganz großen Reformatoren, einem großen Aufklärer, Philosophen überhaupt, der ja nach Dessau gekommen ist, gerade weil es diese Liberalität gegeben hat, weil er hier willkommen geheißen wurde. Das ist exemplarisch für das Verhältnis zu den jüdischen Mitbewohnern hier in Dessau. Dieses Willkommenheißen würde ich einfach übertragen auf alle anderen „fremdartigen“ Nationen oder „fremdartigen“ Gesinnungen überhaupt. Und wenn das da ist, dass man nicht fragt, sondern das als eine Selbstverständlichkeit annimmt: da ist eben einfach einer katholischen Glaubens, protestantischen Glaubens, jüdischen Glaubens – dann kann sich jeder hier in Dessau wohl fühlen.“

Toleranz ist nach 1989 wieder ein Thema, gerade weil die liberale Bürgergesellschaft, die ohne Toleranz nicht denkbar und schon gar nicht praktizierbar ist, vor allem hier in den neuen Ländern noch nicht, oder erst ansatzweise vorhanden ist. Sie ist (noch) nicht da. Doch gibt es Traditionen ethisch-politischer Kultur, die wiederzuentdecken sind und an die

Kultur, die wiederzuentdecken sind und an die man anknüpfen kann. Birnbaum veranschaulicht das und erklärt damit auch, warum dort, wo man von Abwanderung spricht, auch selbstredend über Zuwanderung gesprochen werden muss.

Thomas Busch, der Vorsitzende des Brauhausvereins in Dessau, vermisst das internationale Flair in der Stadt. Ein Mangel, der es ihm schwer macht, sich wirklich heimisch in der Region zu fühlen. „Ich finde hier viel zu wenig Internationalität. Obwohl das Theater da ist, obwohl das Bauhaus da ist, obwohl die Fachhochschule da ist. Die sind eigentlich alle drei Faktoren, wo man Ausländer sieht, wo man andere Sprachen hört, andere Kulturkreise kennen lernt. Aber die führen hier alle so ein Schattendasein. Es ist meines Erachtens nicht gelungen, diese Stellen an die Öffentlichkeit zu holen. [...] Insofern kann man schon sagen, dass eine gewisse Polarisierung immer noch stattfindet: zum einen eben ‚wir Dessauer unter uns‘, zum anderen eben die ‚Zugezogenen‘, die zwar geduldet werden, wo ich aber die Integration wirklich kritisch hinterfragen würde.“

Gehört Dessau oder die Region Anhalt-Dessau-Wittenberg deshalb auch zu den „monokulturelle(n) Gebieten, die nur in künstlichen Situationen ein interkulturelles Miteinander erlauben“? - was nach Roth eine weitere restriktive Bedingung zivilgesellschaftlich orientierter Strategien in den Neuen Ländern ist? Selbst wenn es so wäre, muss es nicht auf Dauer so bleiben. Das große kulturtouristische Potenzial der Region bietet die Chance, dass Gastkultur

fester Bestandteil einer zivilen Alltagskultur wird. Dazu beitragen will die Bildungswerkstatt Dessauer Wörlitzer Gartenreich. Ein zentraler Aspekt erlernbarer Gastkultur ist für die Mitinitiatorin Heike Brückner vor dem Hintergrund des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches „natürlich auch interkulturelle Gastkultur.“

In dem Engagement für die Bewahrung der Kulturlandschaft, in der die spezifische Verschränkung von Natur und menschlicher Kultur einer Region Gestalt annimmt, formen die Identifikation mit der ‚Heimat‘ und die Öffnung gegenüber Fremden eine selbstverständliche Symbiose. Erfahren haben das Brigitte und Anne, zwei Französisinnen, die in Dessau zu Gast waren und denen während einer Führung durch den Wörlitzer Park deutlich wurde, „dass es hier Menschen gibt, die einerseits ihre Region und andererseits ihr Unternehmen und ihre Tätigkeit zu ihrer eigenen (Hervorhebung vom Autor) Sache gemacht haben. Und die es verstanden, mit uns Momente der Geselligkeit und des Gefühls zu teilen.“

Auch der Wandel der alten Industrielandschaft in der Region ist ein Unternehmen, mit dem sich zunehmend mehr Menschen identifizieren. Nicht jeder muss dabei zum Unternehmer werden, oft ist es bereits ein Gewinn, wenn man einfach etwas unternimmt. Busch und seinem Brauhausverein gelang es mit Hilfe von ABM viele Menschen, die älter als 55 Jahre sind, in den Erhalt der alten Brauerei als soziokulturelles Zentrum mit einzubeziehen und auf diesem Weg für das Projekt zu begeistern. Während für viele Dessauer die

Brauerei nach ihrer Schließung ein Menetekel für den wirtschaftlichen Niedergang war, hat sich der Blickwinkel inzwischen gewandelt. Busch glaubt, „dass das Image der Brauerei möglicherweise schon gekippt ist, oder zumindest gerade am Kippen ist - vom negativen Image weg hin zu einem positiven.“

„Civitas“ fördern und fordern

Wolfgang Thierse sprach 2001 davon, dass Ostdeutschland auf der Kippe stehe. Er bezog die eingängige Metapher auf die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland. Selbst wenn die soziale Frage für die Ostdeutschen berechtigterweise ein wichtige Rolle darin spielt, die neu gewonnenen Freiheiten überhaupt als wertvolles Gut empfinden zu können, liegt die eigentliche Herausforderung für die ostdeutsche Transformationsgesellschaft woanders. Die anhaltend hohe und sogar ansteigende Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 ist ein weiterer Beleg dafür. Es ist die demokratische Kultur, die auf der Kippe steht. In dieser Situation muss die Bundesregierung darüber nachdenken, wie sie die Sonder- und Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus, vor allem für die Neuen Länder, über 2006 hinaus fortschreiben kann. Die Dauerhaftigkeit des Problems erfordert eine dauerhafte Antwort. Die politische Kultur verändert sich nicht über Nacht, sondern nur langfristig und behutsam. Die bisherigen Programme fortzusetzen ist deshalb, gerade für Ostdeutschland, so wichtig, weil die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass kommunale Gegenöffentlichkeiten

zu dem rechten Hegemoniebestreben vor allem dort erfolgreich entstehen, wo bereits erste zivilgesellschaftliche Akteure aktiv sind. Mit Hilfe der geförderten Projekte ist jetzt an vielen Orten erst der notwendige Resonanzboden für neue zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge und für eine zivile und sich zivilisierende Bürgergesellschaft entstanden.

Bei der Fortsetzung der staatlichen Förderung zivilgesellschaftlicher Interventionen gegen Rechtsextremismus sind die von Roth aufgedeckten konzeptionellen Schwächen der bisherigen Aktions- und Sonderprogramme unbedingt zu berücksichtigen. Gerade im Hinblick auf die ostdeutsche Situation bleibt vor allem ein Problem bisher fast ungelöst: Wie bringt man urbane Toleranz in die Kleinstadt oder gar ins Dorf? Während das Projekt „Gastfreundschaft“ versucht, den Dialog der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zu fördern, die sich im Streben nach der Gestaltung einer weltoffenen, gastfreundlichen und toleranten soziokulturellen Atmosphäre und Ausstrahlung in der Region begegnen, besteht die Herausforderung in weniger urban geprägten Regionen vor allem darin, Träger für den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rechtsextremismus überhaupt zu finden und zu ermutigen.

Erlaubt sei auch die Frage, inwieweit der Staat bereit ist, zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen, die beispielsweise in Fragen der Staatsbürgerschafts-, Zuwanderungs- und Asylgesetzgebung eine dem staatlichen Handeln kritische oder sogar gegensätzliche Haltung einnehmen. Ein ‚starker‘ Staat sollte diesen Widerspruch aushalten können

und selbstbewusst genug sein, auch die antietatistische, stark ethisch orientierte Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure zu ertragen, profitiert er doch langfristig davon, wenn ihr Handeln die demokratischen Werte stützt und verteidigt. Am Beispiel der Aufkündigung der institutionellen Förderung des größten Maßnahmeträgers in Sachsen-Anhalt (Miteinander e.V.) durch die 2002 neu gewählte CDU/FDP-Landesregierung sei Roth folgend zu erkennen, dass der Konsens unter den Demokraten „in der politischen Mitte brüchig“ ist.

Von der rot-grünen Bundesregierung ist hinsichtlich der Fortsetzung, des von ihr initiierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus in Form der Sommerprogramme aus dem Jahre 2000, mehr Sensibilität gefordert.

Unabhängig von der Sorge um die staatliche Hilfe bleibt es, angesichts der begrenzten Reichweite staatlicher Interventionen und den Gefahren, die von einer „prekäre(n) Professionalisierung des ‚Kampfs gegen Rechts‘“ ausgehen, in erster Linie Aufgabe der Politik der Bürger eine zivile bürgerschaftliche Haltung zu verkörpern. Staatliche Programme können das notwendige Engagement der Bürger ergänzen oder sogar ermöglichen, aber nicht ersetzen. Wenn es richtig ist, dass die Wurzeln des heutigen Rechtsextremismus nicht allein an den Rändern der Gesellschaft gedeihen, sondern mitten unter uns verankert sind, dann muss es der Bürgerschaft gelingen können, ihre eigene Mitte zu zivilisieren. Ein solcher Wandel setzt „zumindest des ‚kleinen Mut‘ einer eigenen

Positionierung in Raum und Zeit voraus, durch die man als Mensch und Bürger identifizierbar wird – auch und gerade im Alltag.“ Die Mitte muss neu positioniert werden. Heldentaten sind nicht gefragt, im Gegenteil: „In dieser Situation kann die Überlebensstrategie nur darin bestehen, dass einfache Bürger zu humanen Katalysatoren werden, die sich und andere, zumindest psychologisch, am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können. Diese unheroische Demut im gesellschaftlichen Mikrokosmos einer Bürgergesellschaft siegt kampflos.“ Gut so.

Vgl.

- Roth, Roland (unter Mitarbeit von Anke Benack), *Bürgernetzwerke gegen Rechts, Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn Friedrich-Ebert-Stiftung 2003, S.46.*
- Kleger, Heinz, *Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa, in: Welttrends Nr.30, Frühjahr 2001, S.137. Ebd.*
- Roth, Roland, *Bürgernetzwerke gegen Rechts, a.a.O., S.11.*
- Kleger, Heinz, *Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa, a.a.O., S.139.*
- Roth, Roland, *Bürgernetzwerke gegen Rechts, a.a.O., S.47.*
- Roth, Roland, *a.a.O., S.11.*
- Roth, Roland, *Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg.16, Heft 4, 2003, S.21. Kleger, Heinz, Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa, a.a.O., S.140. Ebd., S.142.*

Zwischenbericht – zum Stand der Umsetzung des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtstextremismus in den Neuen Bundesländern“ 2001-2003, http://www.jugendstiftung-civitas.org/downloads/umsetzungs_bericht_stand_25_mai_2004.pdf, S.10.

Kleger, Heinz, a.a.O., S.145.

Ebd., S.138.

Kleger, Heinz, *Toleranz und ‚Tolerantes Brandenburg‘*, in: Kletzin, Birgit(Hg.), *Fremde in Brandenburg. Von Hugenotten, sozialistischen Vertragsarbeitern und rechtem Feindbild*, Münster, Hamburg, Berlin 2003, S.348.

Kleger, Heinz, *Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa*, in: a.a.O., S.138.

Ebd., S.142.

Kleger, Heinz, *Toleranz und ‚Tolerantes Brandenburg‘*, in: a.a.O., S.381.

Interviewtext Birnbaum.

Ebd.

Ebd.

Ebd.

Interviewtext Busch.

Roth, Roland, *Bürgernetzwerke gegen Rechts*, a.a.O., S.47.

Interviewtext Brückner.

Interviewtext Brigitte und Anne.

Interviewtext Busch.

Vgl. Thierse, Wolfgang, *Zukunft Ost*, Berlin 2001, S.8.

Der seit Mitte der 90er Jahre stagnierende wirtschaftliche Aufholprozess der Neuen Länder verdeutlicht die Grenzen der nachholenden Entwicklung. Neue Perspektiven bietet die gesellschaftliche Modernisierungsstrategie der nachhaltigen Entwicklung, die die verschiedenen Facetten der Globalisierung reflektiert. Diese globale Transformation ist Borner folgend ein Suchprozess, der die Sicherung der gesellschaftlichen

*Politikfähigkeit als voraussetzenden Bestandteil hat und der im Wesentlichen von zivilgesellschaftlichen Emanzipationsprozessen getragen werden muss. Vgl. Borner, Joachim, Zur Konzeption der internationalen Sommeruniversität „Visuelle Kommunikation der Globalisierung“ Santiago 2003, in: Bittencourt, Irmela; Borner, Joachim; Heiser, Albert (Hrsg.): *Nachhaltigkeit in 50 Sekunden. Kommunikation für die Zukunft*, München 2004.*

Vgl. *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.*, Newsletter Nr.9, Mai 2004, S.1f.

Vgl. Roth, Roland, *Bürgernetzwerke gegen Rechts*, a.a.O., S.77.

Vgl. Roth, Roland, *Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtstextremismus und Gewalt*, a.a.O., S.24ff.

Roth, Roland, *Bürgernetzwerke gegen Rechts*, a.a.O., S.54.

Roth, Roland, *Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtstextremismus und Gewalt*, a.a.O., S.29.

Kleger, Heinz, *Toleranz und ‚Tolerantes Brandenburg‘*, a.a.O., S.352.

Ebd., S.385.